



Brüssel, den 12. Juni 2018
(OR. en)

9798/18

SAN 178

VERMERK

Absender: Vorsitz

Empfänger: Rat

Nr. Vordok.: 9409/18 SAN 163

Betr.: **Tagung des Rates (Beschäftigung, Sozialpolitik, Gesundheit und Verbraucherschutz) am 22. Juni 2018**
Die Zukunft der Gesundheit in der EU
– *Orientierungsaussprache*

1. Am 6. Juni 2018 hat der Vorsitz den Ausschuss der Ständigen Vertreter über die Vorbereitungen für die Orientierungsaussprache über die Zukunft der Gesundheit in der EU unterrichtet, die auf der Tagung des Rates (Beschäftigung, Sozialpolitik, Gesundheit und Verbraucherschutz) am 22. Juni 2018 stattfinden soll¹.
2. Der Ausschuss der Ständigen Vertreter ist übereingekommen, dass die Orientierungsaussprache wie vom Vorsitz vorgeschlagen geführt wird und dass sie öffentlich sein sollte.
3. Der Rat wird daher ersucht, auf der Grundlage des beigefügten Vermerks des Vorsitzes eine öffentliche Orientierungsaussprache zu führen.

¹ Siehe Dokument 9409/18.

**Ein Plädoyer für die Gesundheit:
Die Zukunft der Gesundheit in der EU**

Europa wird traditionell mit Grundwerten wie sozialer Gleichheit, Gesundheit, Bildung und kultureller Identität assoziiert; diese Werte sind nicht nur eine Orientierungsgröße für eine funktionierende Wirtschaft, sondern auch für ein Umfeld, das im Hinblick auf eine gesunde und gut ausgebildete Bevölkerung günstige Bedingungen bietet. Dies ist das Ergebnis einer weit zurückreichenden Sozialgeschichte und sozialen Entwicklung, wobei der Mensch und seine Bedürfnisse im Vordergrund stehen. Gesundheitspolitik und Gesundheitswesen spielen eine besondere Rolle: Sie dienen der Gesunderhaltung der Bevölkerung und sind Garant dafür, dass Fragen der Gesundheit Vorrang haben, wann immer sie gegen andere Interessen abgewogen werden müssen.

Im Gesundheitswesen wird in gesunde Menschen investiert: Diese Investition ist die beste Ausgangsbasis für die Zukunft einer wettbewerbsfähigen und wohlhabenden Europäischen Union.

Der bulgarische Ratsvorsitz fällt in eine **Zeit intensiver Aussprachen über die künftige Politik der Europäischen Union**. Diese Aussprachen finden in der Tat im Rahmen der Verhandlungen über den mehrjährigen Finanzrahmen der EU² statt. Bei den Aussprachen über die Zukunft der Gesundheit geht es jedoch nicht um Finanzierungsfragen, sondern die Gesundheitsminister sollen eine Gelegenheit erhalten, **die politische Agenda zu gestalten, indem sie aus der Sicht der Mitgliedstaaten eine strategische Vision formulieren**.

Aus diesem Grund wurden vom Vorsitz verschiedene vorbereitende Aussprachen auf politischer und fachlicher Ebene organisiert, in deren Rahmen zentrale Perspektiven und mögliche Bereiche der Zusammenarbeit im Bereich der Gesundheit für die Zukunft aufgezeigt wurden.

² <https://eur-lex.europa.eu/legal-content/DE/TXT/?qid=1527241903201&uri=CELEX%3A52018PC0322>

In Sofia, Bulgarien, fanden zwei Konferenzen des Vorsitzes statt: "*Gesundheit als echter Gewinner: Konferenz des Vorsitzes über Möglichkeiten der Versorgung mit besseren Arzneimitteln für alle*" und *die Konferenz des Vorsitzes "Die gesunde Zukunft Europas: gesunde Ernährung für Kinder"*³. Diese Veranstaltungen haben verdeutlicht, dass die **Zusammenarbeit von Gesundheitsexperten auf Unionsebene in jenen Bereichen besonders nützlich ist, die eine grenzüberschreitende Dimension haben oder nationale Maßnahmen auf der Grundlage des Austauschs bewährter Verfahren unterstützen**. Im Gesundheitsbereich ist es oft der Fall, dass eine Universallösung nicht angewendet werden kann. Auf den Konferenzen wurde deutlich, dass die Zusammenarbeit dort, wo Harmonisierung nicht die Lösung sein kann, eine Möglichkeit ist, entsprechend den durch die nationalen Gegebenheiten bedingten Anforderungen von der Basis ausgehend bewährte Verfahren zu ermitteln und Verbesserungen vorzunehmen.

Eine zentrale Botschaft aller vorbereitenden Gespräche war, dass auf Unionsebene zusammengearbeitet werden muss, um den Austausch zu ermöglichen, aber auch, um **die besondere Rolle der Gesundheit bei der Herstellung des Gleichgewichts zwischen Handel und Gesundheit zu wahren**. In einem wettbewerbsfähigen und innovativen Europa kommt den Industriezweigen bei der Erzeugung von Wachstum, Beschäftigung und Einkünften eine wichtige Rolle zu. In der EU muss es geeignete Anreize und Unterstützung für Forschung und wissenschaftlichen Fortschritt geben. Gleichzeitig ist wichtig, dass der Bereich Gesundheit zu Rahmenbedingungen beiträgt, mit denen Anreize für die **Industriezweige geschaffen werden, konkrete Ergebnisse für die Patienten zu liefern, und dass er im Fall divergierender öffentlicher und staatlicher Interessen als Vermittler** agiert. Für Europäer ist von grundlegender Bedeutung, dass sie auf einen soliden Rechtsrahmen, der beispielsweise die Interessen von Verbrauchern und Patienten schützt, vertrauen können. Ginge dieser Filter verloren, so könnte sich das negativ auf die Wahrnehmung von EU-Initiativen und -Lösungen durch die Bürger auswirken.

³ <http://www.mh.government.bg/en/politics/priorities-ministry-health-under-bulgarian-presidency-council-eu/>

Außerdem wurde die Zusammenarbeit auf Unionsebene im Gesundheitsbereich als ein wichtiger **Mechanismus für die Mitgliedstaaten herausgestellt, wenn es um Initiativen geht, die unter dem Gesichtspunkt der öffentlichen Gesundheit als kontraproduktiv gelten können**. Eines der erörterten Beispiele war die Normung von Gesundheitsleistungen⁴. Die Delegationen tauschten sich über die Bedenken aus, die sie im Zusammenhang mit den Tätigkeiten der CEN/CENELEC in Bezug auf Normen für medizinische Leistungen hegen, da die Industrie bei der Erarbeitung der Normen eine führende Rolle spielt. Die Diskussionen, die sowohl mit Vertretern der zuständigen Generaldirektionen der Kommission⁵ als auch mit Vertretern der CEN/CENELEC stattgefunden haben, haben bezüglich der Tatsache, dass alle Parteien die im Primärrecht der EU festgelegte Aufteilung der Zuständigkeiten achten müssen, zu einem besseren Verständnis geführt. Die Fokusgruppe "Gesundheitsleistungen" der CEN/CENELEC ist inzwischen aufgelöst worden. Das kann als ermutigender Schritt betrachtet werden, doch einige Fragen zu künftigen Normungstätigkeiten sind weiterhin ungeklärt.

Die mangelnde Bereitschaft, in einem weitgehend nicht harmonisierten Bereich⁶ Zuständigkeiten zu verlagern, darf nicht mit einer fehlenden Bereitschaft zur weiteren Zusammenarbeit im Gesundheitsbereich verwechselt werden, und umgekehrt darf der Wunsch, das Thema Gesundheit weiter auf der Tagesordnung der EU zu belassen, nicht als Bereitschaft, Zuständigkeiten an die EU abzugeben, ausgelegt werden.

Die fortgesetzte Zusammenarbeit der Mitgliedstaaten ist natürlich von Vorteil, aber es ist wichtig, dass die Ministerinnen und Minister konkrete Politikbereiche umreißen, in denen die Zusammenarbeit einen zusätzlichen Nutzen erbringen könnte. Das ist umso wichtiger, als sich Sachverständige für Digitalisierung, Forschung, Handel, Soziales oder andere Politikbereiche auf Unionsebene bereits verstärkt mit Gesundheitsthemen wie eHealth, Arzneimitteln, Medizinprodukten, Normen für medizinische Leistungen oder sogar Gesundheitssystemen beschäftigen. Es ist auch der richtige Zeitpunkt dafür gekommen, denn diese Aussprache kann **Lösungen** für künftige Entwicklungen auf Unionsebene **anstoßen**.

Der Rat wird vor diesem Hintergrund ersucht, die folgenden Fragen zu prüfen:

- Wie können die Mitgliedstaaten die gesundheitspolitische Agenda gestalten und sicherstellen, dass der Rahmen weiterhin im Einklang mit dem Primärrecht der EU steht?
- Welche Bereiche bieten zusätzlichen Nutzen, und was ist der richtige Rahmen und die richtige Richtung?

⁴ Hochrangige Gruppe "Gesundheitswesen", Sitzung vom 12. Februar 2018.

⁵ GD GROW, GD SANTE

⁶ Vgl. insbesondere Artikel 168 Absatz 7 des Vertrags über die Arbeitsweise der Europäischen Union.